



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

LINKEstmk

Für Arbeitsplätze und Solidarität in Europa.

www.linkewoche.at/

Nein zur Kürzungspolitik

Heute, den 14. November 2012, findet der 1. Generalstreik in mehreren EU-Ländern zugleich statt!

Immer mehr Menschen werden durch die kapitalistische Krise in ihrer Existenz bedroht. Durch massiven Druck seitens der am stärksten betroffenen Bevölkerung in den südeuropäischen Ländern, können nun zig-Millionen Beschäftigte, Arbeitslose, StudentInnen, PensionistInnen ihren Unmut über die einseitige Kürzungspolitik bei den Schwächsten der Gesellschaft, lautstark am gleichen Tag zum Ausdruck bringen.

»Fick dich, Troika. Wir wollen leben«

war das Motto der Massendemonstration am 15. September in Portugal, der größten seit der Revolution von 1974.

Etwa eine Million Menschen gingen in 40 Städten auf die Straße.

Mehrere AktivistInnengruppen hatten die Demonstrationen vorbereitet: Initiativen gegen Prekariat, feministische und LGBT-Organisationen und andere. Premierminister Pedro Passos Coelho und Finanzminister Vitor Gaspar hatten die neuen Sozialkürzungen für das Jahr 2013 erst eine Woche zuvor, am 7. September, verkündet: Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Kürzung des Arbeitslosengelds und der Wiedereingliederungshilfen.

Länderübergreifender Generalstreik

Durch Druck von unten rief nun die größte portugiesische Gewerkschaft GTP zum Generalstreik am 14. November "Gegen Ausbeutung und Verarmung" auf. Das Vorgehen der europäischen Regierungen, Einschnitte bei Löhnen, Beschäftigung und im Sozialbereich zu erzwingen und gleichzeitig die gewerkschaftlichen Rechte in mehreren südeuropäischen Ländern zu beschneiden, führte dazu, dass in der Folge auch die spanischen, italienischen, zypriotischen, maltesischen Gewerkschaften ebenfalls ihre Mitglieder aufriefen, sich den Streiks anzuschließen.

Angesichts dieser Entwicklung des Drucks von unten hat der EGB auch in allen anderen europäischen Ländern zu Protestversammlungen und weiteren Aktionen aufgerufen.

Nähere Information: www.linkestmk.at.

Kontaktaufnahme: post@linkestmk.at

Journal: www.linkewoche.at/

Der Unmut wächst, mit und ohne Gewerkschaft

In Griechenland gingen nach dem 2-tägigen Generalstreik in der vorigen Woche die Streiks ohne Aufruf der Gewerkschaft in mehreren Sektoren weiter.

Die französischen Gewerkschaften rufen zur Teilnahme an Demonstrationen auf, ohne jedoch für einen Streik zu plädieren.

In Deutschland gibt es in mehreren Städten Solidaritätsaktionen, die vor allem von sozialen Bewegungen wie Blockupy und linken antikapitalistischen Gruppen initiiert werden.

Heute erfolgt ein neuer qualitativer Schritt im Widerstand gegen die unsoziale Politik!

Nachdem selbst Wellen von Generalstreiks, wie in Griechenland, bisher erfolglos waren, beginnen sich nun die Streiks grenzüberschreitend auszuweiten. Dem internationalen Agieren des Kapitals und der Troika (IWF, EU, EZB) wird erstmals internationaler Widerstand entgegengesetzt.

Die Regierungen arbeiten nicht mehr für die Bevölkerung

Mit Zunahme von Lobbyismus, Parteispenden und der Nutzung von Standortauslagerungen als Instrument politischer Erpressung - und indirekt im Einfluss der Medienkonzerne auf die öffentliche Meinung - erweisen sich die Regierungen im Neoliberalismus immer mehr als Erfüllungsorgane von Kapitalinteressen: Steuern für Reiche wurden europaweit, durch konservative wie sozialdemokratische Regierungen, drastisch gesenkt. Die daraus resultierenden Einnahmeausfälle des Staates werden dann durch Sozial- und Rentenkürzungen, durch Stellenabbau, Privatisierungen und Erhöhung indirekter Steuern kompensiert.

Die US-Subprimekrise von 2007 ist 2008 auf die europäischen Banken abgewälzt worden. Die europäischen Regierungen treiben nun diese Kapitalverluste in Form von Bankenrettungen von den ArbeitnehmerInnen ein. Dabei werden in Jahrzehnten erreichte Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf Lebensstandard, soziale Absicherung und politische Teilhabe usw. abgeschafft.

Die Demokratie steht dieser Politik im Wege und soll gleich mit beseitigt werden. Fiskalpakete beschneiden die Haushaltsrechte nationaler Parlamente, eine Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission diktiert etwa der griechischen Bevölkerung die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es kommen ohne Wahlen Technokraten an die Macht (wie die Regierung Papademos in Griechenland und die Regierung Monti in Italien). Diese regieren weitgehend ohne jegliche Kontrolle im Interesse der ökonomischen Eliten.

Gemeinsam gegen Spardiktate , Lohn- und Rentenkürzungen, Sozialdumping!

Gegen diese Politik findet am 14. November der europaweite Aktionstag statt. Der EGB hält auch fest, dass diese Politik ganz Europa in eine Rezession treiben könnte - mit massiven Folgen für die Arbeiterschaft auch in Deutschland, Niederlande, Luxemburg und Österreich.